



INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER  
ZENTRALSCHWEIZ



# Frankenstärke: Jetzt den Wirtschaftsstandort stärken

## dossierpolitik

2. Februar 2015 Nummer 1

**Schweizer Franken** Am 15. Januar 2015 hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) bekannt gegeben, dass sie den Mindestkurs von Franken 1.20 gegenüber dem Euro nicht länger verteidigt. Die Märkte reagierten rasch und stark. Innerhalb von Minuten wertete sich der Franken um 15 bis 20 Prozent auf. Der Währungsschock kommt einem Kostenschock gleich: Er verteuert auf einen Schlag die Schweizer Exporte im Vergleich zu ausländischen Konkurrenten. Preiserhöhungen von 15 bis 20 Prozent sind weder für Dienstleistungsexporte (Finanzen, Tourismus) noch für Warenexporte (von Uhren, Maschinen, Pharmazeutika bis Textilien) möglich. Die betroffenen Unternehmen müssen Kosten sparen, wollen sie weiterhin exportieren. Die nötigen Anpassungen sind unterschiedlich, doch in vielen Fällen ist die Zitrone bereits ausgepresst. Da es sich bei der Frankenstärke um ein langfristiges Phänomen handelt, sind auch langfristige Entlastungsmassnahmen nötig. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind zu verbessern, Belastungen zu reduzieren und Planungsunsicherheiten zu beenden. Nur so kann der Wirtschaftsstandort den Schock bewältigen.

### Position economiesuisse

- ▶ Die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank gilt es auch nach dem kontrovers diskutierten Entscheid der SNB konsequent zu wahren.
- ▶ economiesuisse lehnt ein Konjunkturprogramm zur Stützung der Wirtschaft ab. Solche Interventionen helfen in der aktuellen Situation nichts.
- ▶ Als Sofortmassnahme fordert economiesuisse ein Moratorium für weitere Regulierungen und Belastungen des Wirtschaftsstandorts Schweiz.
- ▶ Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind zu verbessern, damit die Unternehmen mehr Freiraum erhalten und durch tiefere Kosten wettbewerbsfähiger werden.
- ▶ Die Staatsverwaltung muss mit einer – mit der Wirtschaft vergleichbaren – Effizienzsteigerung ihren Beitrag leisten.



## Frankenstärke: Kostenschock mit langer Wirkung

Am 15. Januar 2015 hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) bekannt gegeben, dass sie den Mindestkurs von 1.20 CHF/Euro ab sofort nicht mehr verteidigen werde. Damit hat die SNB nach mehr als drei Jahren einen überraschenden, fundamentalen Strategiewechsel vollzogen. Die Reaktion an den Finanzmärkten in der Folge des Entscheids kam prompt und heftig: Der Franken wertete sich gegenüber dem Euro (nach einem kurzzeitig noch extremeren Überschüssen) um 20 Prozent auf und bewegte sich um einen Kurs von einem Franken pro Euro.

► Franken ist bei einem Kurs von 1:1 rund 22 Prozent überbewertet.

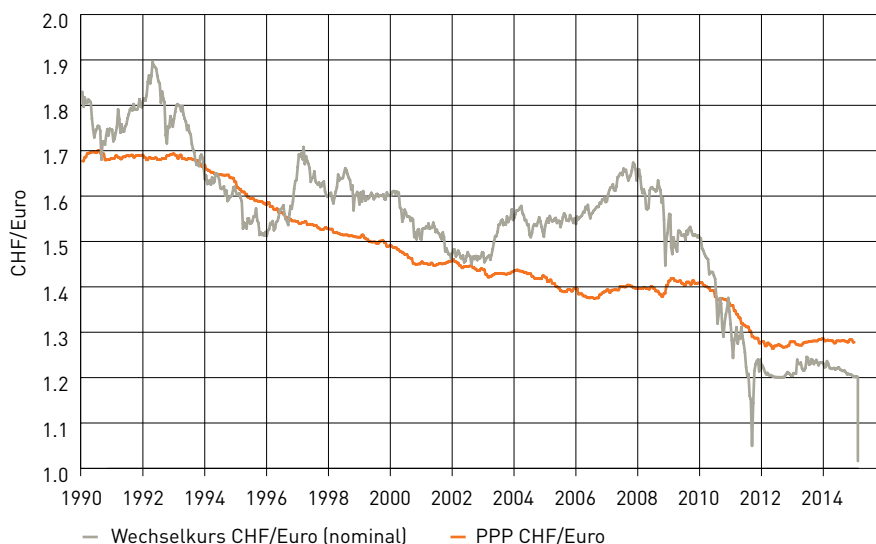
Betrachten wir die letzten Jahre: Bei einem Paritätskurs hat sich der Franken seit 2010 um rund ein Drittel und seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise um fast 40 Prozent aufgewertet. Grafik 1 zeigt die Entwicklung des nominalen Wechselkurses Schweizer Franken/Euro für die vergangenen rund 25 Jahre und vergleicht ihn mit der Kaufkraftparität. Letztere ist eine Schätzung des Wechselkurses, bei dem die Produzentenpreise in den zwei Währungsräumen ausgeglichen sind. Hier zeigt sich die Problematik: Bereits mit dem Mindestkurs war der Franken im Vergleich zur Kaufkraftparität überbewertet. Mit der jüngsten Aufwertung wurde also keine Unterbewertung korrigiert, sondern die Überbewertung hat sich drastisch verstärkt. Bei einem Franken-Euro-Kurs von 1:1 und einer geschätzten Kaufkraftparität von derzeit 1.28 beträgt die Überbewertung rund 22 Prozent! Diese Reaktion des Devisenmarkts ist angesichts der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten weltweit leider nicht überraschend.

### Grafik 1

► Lange Phasen von Unter- oder Überbewertung sind keine Seltenheit.

### Entwicklung Wechselkurs und Kaufkraftparität\*

Franken ist aktuell mehr als 20 Prozent überbewertet



Quelle: Macrobond, eigene Berechnungen.  
\* Werte PPP CHF/Euro bis November 2014

► Ein Wiedererstarken des Euro ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

Die Erfahrung lehrt uns, dass sich Wechselkurse langfristig hin zur Kaufkraftparität bewegen. Unter- oder Überbewertungen sind grundsätzlich temporäre Phänomene. Allerdings können sie jahrelang anhalten. So dauerte die letzte Phase der Unterbewertung des Frankens etwa sechs Jahre (2003 bis 2010). Auch die aktuell starke Überbewertung des Frankens könnte sich als hartnäckig erweisen. Einerseits haben viele Euroländer weiterhin mit strukturellen Problemen zu kämpfen, die sich nicht über Nacht auflösen werden. Dies wirkt sich negativ auf das Vertrauen der Investoren in den Euroraum aus und schwächt die Gemeinschaftswährung. Andererseits startet die Europäische Zentralbank (EZB)

ein eigenes «Quantitative Easing»-Programm nach dem Vorbild der US-Zentralbank (FED). Der damit verbundene Aufkauf von Staatsanleihen wird die Euro-Geldmenge zusätzlich ausweiten und die Währung damit tendenziell weiter abwerten. Im Falle der USA dauerte die monetäre Expansionsstrategie beinahe fünf Jahre (2009 bis 2014). Folgt die EZB diesem Beispiel, ist so bald nicht mit einer substantziellen Wiedererstarkung des Euro zu rechnen.

**Gewichtige Unterschiede im Vergleich zu 2011**

Auf den ersten Blick mag man sich in den Sommer 2011 zurückversetzt fühlen: Auch damals hat sich der Franken innerhalb kürzester Zeit stark aufgewertet und man befürchtete grossen Schaden für die Schweizer Wirtschaft. Die Einführung des Mindestkurses durch die SNB hat die Situation damals entscheidend beruhigt. Trotz aller Ähnlichkeit zu diesen Ereignissen unterscheidet sich die heutige Konstellation aus zwei Gründen deutlich.

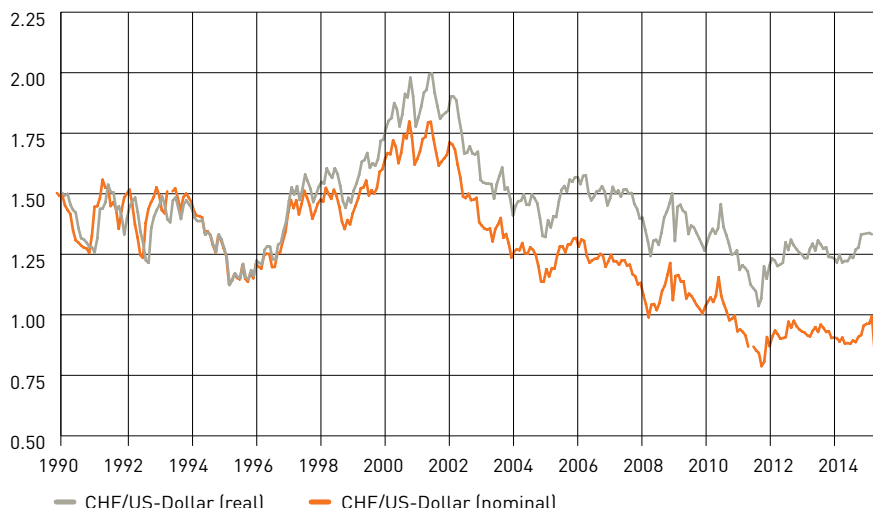
► Die wirtschaftliche Erholung im Dollarraum nimmt Druck vom Schweizer Franken.

Ein erster wesentlicher Unterschied zwischen 2015 und 2011 besteht darin, dass der US-Dollar und die amerikanische Volkswirtschaft heute in einer deutlich besseren Verfassung sind als vor drei Jahren. Die angekündigte geldpolitische Wende des FED hat dazu geführt, dass sich die amerikanische Währung erholt hat und Investitionen im Dollarraum wieder attraktiver werden. Der Dollar hat sich gegenüber allen Währungen in den letzten Monaten aufgewertet. Grafik 2 zeigt die Entwicklung des Franken-Dollar-Kurses seit 1990. Auch gegenüber dem Schweizer Franken wurde der Dollar stärker, dies auch real (bei Berücksichtigung der Inflationsentwicklung). Damit fällt der aktuelle Wechselkurschock für den Dollar – im Vergleich zum Euroraum – weniger stark aus. Zudem sind die Konjunkturaussichten für die USA relativ positiv. Beides ist zum Vorteil der dorthin liefernden Exporteure. Die zur Stärke neigende US-Währung hat in der aktuellen Situation einen weiteren Vorteil: Das wiedererlangte Vertrauen der Anleger in den Dollar führt dazu, dass er den Status eines sicheren Hafens zurückerhält. Bei grossen Unsicherheiten wie zum Beispiel bei einem Wiederaufflackern der Ukraine-Krise oder einer zweiten Eurokrise ist der Franken nicht mehr alleinige Fluchtwahrung. Der Dollarraum kann allfällige Fluchtbewegungen von Anlegern aufgrund der wirtschaftlichen Grösse auch viel besser auffangen. Dies reduziert sowohl Wechselkursschwankungen als auch die Gefahr eines zusätzlichen Uberschiessens des Frankens gegenüber allen Währungen.

**Grafik 2**

► Das lange Tief des Dollar ist offenbar überwunden. Damit könnte er den Franken als Fluchtwahrung entlasten.

**Nominaler und realer Wechselkurs CHF/US-Dollar\***  
(CPI 1990=100)



Quelle: Macrobond, eigene Berechnungen.  
\* Werte CHF/US-Dollar (real) bis November 2014.

► Unterschied zu 2011: keine Rezession im Euroraum zu erwarten.

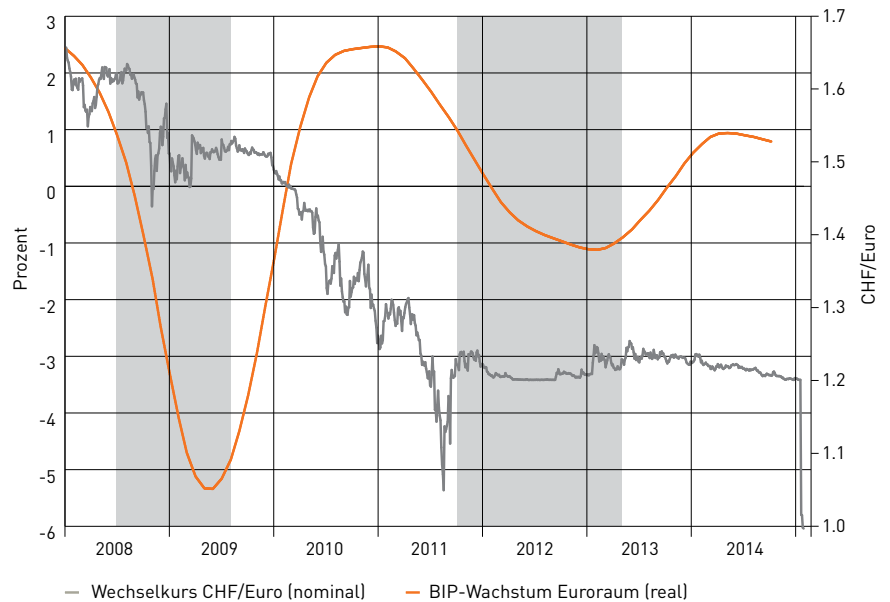
Der zweite wichtige Unterschied zwischen 2015 und 2011 besteht in den besseren konjunkturellen Aussichten der wichtigsten Schweizer Handelspartner. Die Eurozone – der bedeutendste Absatzmarkt für die Schweizer Exportindustrie – befand sich bei der Einführung der Wechselkursuntergrenze im September 2011 kurz vor einer Rezession (vgl. Grafik 3). Viele erwarteten damals ein Auseinanderbrechen der Eurozone und vielleicht sogar einen totalen wirtschaftlichen Absturz. Solche Schreckensszenarien werden zum heutigen Zeitpunkt als wenig wahrscheinlich eingestuft. Fast alle Prognosen und Indikatoren deuten für die kommenden Jahre auf ein zwar gedrücktes, aber immerhin positives Wachstum in der Eurozone hin. Erweitert man den Fokus auf die Weltwirtschaft als Ganzes, so zeigen die Prognosen auch hier ein positiveres Bild für die kommenden Jahre, als dies noch 2011 der Fall war.

**Grafik 3**

► 2011 stand der Euroraum vor einer Rezession. Davon ist heute nicht auszugehen.

**Wechselkurs versus Euro-Konjunktur\***

Rezessionen des Euroraums grau hinterlegt



Quelle: Macrobond.  
\* Werte BIP-Wachstum Euroraum (real) bis 3. Quartal 2014.

► 2011 kam zum Kostenschock ein Einbruch der Nachfrage hinzu.

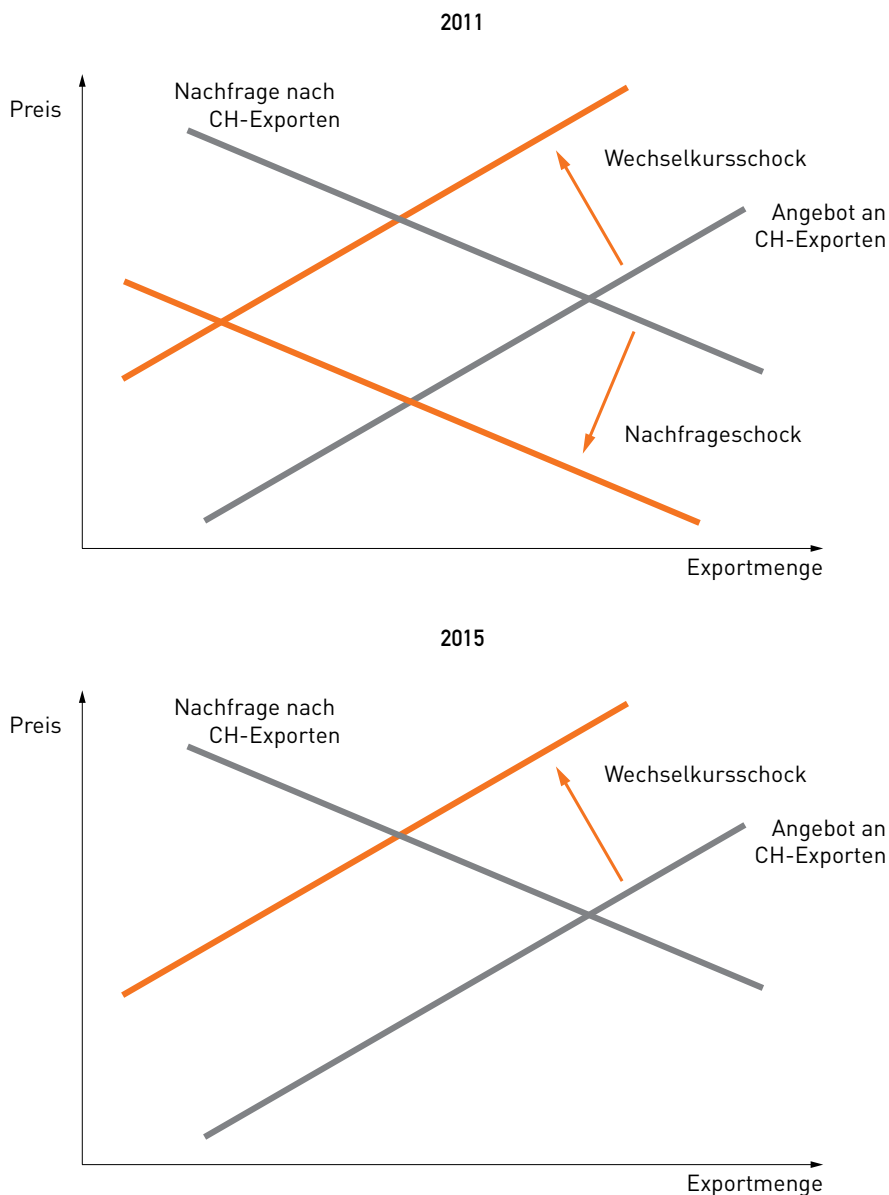
Während die Schweizer Wirtschaft also aufgrund der Frankenaufwertung heute «nur» mit einem, wenn auch erheblichen Kostenschock konfrontiert ist, kam 2011 auch noch ein Nachfrageschock dazu. Dieser hat die Situation für die Schweizer Volkswirtschaft im Sommer 2011 zusätzlich verschärft. Grafik 4 zeigt diesen Unterschied schematisch auf.

**Grafik 4**

► Anders als 2011 gibt es diesmal keinen doppelten Rückschlag für die Exportwirtschaft.

**Wirtschaftliche Situation 2011 versus 2015**

Vereinfachte schematische Darstellung



Quelle: eigene Darstellung.

► Wechselkursschock zwingt Exporteure zur Preisanpassung.

Der Wechselkursschock hat für Exporteure die gleiche Wirkung wie ein Kostenschock, das heisst wie stark steigende Abgaben an den Staat oder teurere Vorleistungen. Solche verteuern Exporte in vergleichbarer Weise, auch wenn die individuelle Betroffenheit mittelfristig vom jeweiligen Wertschöpfungsanteil in der Schweiz abhängt. Die Unternehmen müssten nun aufgrund des schlechteren Wechselkurses, das heisst des kleineren Verdienstes pro Stück, bei gleichbleibender Menge einen höheren Preis verlangen. Die Nachfrager in der

Eurozone werden aber kaum grosse Preiserhöhungen akzeptieren. Einige Exporteure können ihrerseits nicht mit Preiskonkzessionen leben und scheiden aus dem Markt aus.

2011 kam erschwerend hinzu, dass sich die wirtschaftliche Lage in der Eurozone verschlechterte und die Nachfrage nach Schweizer Exportprodukten zurückging. Die Schweizer Exporteure waren nicht nur mit höheren Kosten konfrontiert, die Zahlungsbereitschaft ihrer Kunden reduzierte sich gleichzeitig auch noch.

► Kosteneinsparungen als einzige Therapie gegen den starken Franken.

Der Unterschied zwischen der Situation 2011 und heute hat nicht nur Konsequenzen bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Aussichten, sondern auch im Hinblick auf die richtige wirtschaftspolitische Reaktion. Während vor drei Jahren gewisse kurzfristige Stützungsmaßnahmen aufgrund des temporären Nachfrageeinbruchs allenfalls adäquat gewesen wären, sieht sich die Schweizer Volkswirtschaft jetzt ausschliesslich mit einem strukturellen und wohl relativ langfristigen Problem konfrontiert.

Es bleibt nur der harte Weg der Kosteneinsparung. Kurzfristig sind also vor allem die Unternehmen gefordert. Sie werden zu einer ganzen Palette von Massnahmen greifen, die aber von Firma zu Firma unterschiedlich ausfallen, selbst innerhalb derselben Branche. Dazu gehört die Erhöhung des Auslandsanteils in der Produktion, eine Rationalisierung der Arbeitsprozesse oder eine teilweise Verlagerung ins Ausland.

► Unternehmen brauchen den nötigen Handlungsspielraum.

Politische Diskussionen über generelle Arbeitszeitverlängerungen oder Lohnsenkungen sind fehl am Platz: Die nötigen Anpassungen müssen individuell in jeder Firma getroffen werden. Allenfalls sind die Sozialpartner gefordert, einen Weg zu finden, um die Arbeitsplätze langfristig in der Schweiz halten zu können. Vorschriften der Politik sind hingegen kontraproduktiv. Die Unternehmen brauchen vor allem den nötigen Handlungsspielraum, um mit der schwierigen Situation umgehen zu können.

Die Schweizer Wirtschaftspolitik kann die Exportindustrie aber unterstützen, indem sie die Kosten für die betroffenen Unternehmen nachhaltig senkt und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den ausländischen Konkurrenten stärkt. Im Gegensatz zum Sommer 2011 ist die Alternative, eine Wechselkursintervention, nach der Aufhebung der Wechselkursuntergrenze kein realistisches und ökonomisch sinnvolles Szenario mehr. Die Schweizer Volkswirtschaft wird in den nächsten Jahren durch eine Phase der Strukturanpassungen gehen müssen.

## Ein Moratorium für weitere Regulierungen und Belastungen als Sofortmassnahme

Es gibt kein überzeugendes, kurzfristiges politisches Rezept gegen die Auswirkungen der Frankenstärke. Während die Wirtschaftspolitik die Binnenkonjunktur vielleicht durch einen erhöhten Staatskonsum oder zusätzliche Investitionen stützen kann, sind ihr bei Problemen der Exportindustrie weitgehend die Hände gebunden. Die Unternehmen sind gezwungen, in erster Linie in Eigenregie mit den grossen Herausforderungen aufgrund der Wechselkurssituation umzugehen.

► Konjunkturprogramme sind der falsche Weg.

Konjunkturprogramme und andere Interventionen sind also das falsche Mittel. Aber das Gegenteil davon, nämlich der Wirtschaft durch höhere Abgaben und zusätzliche Belastungen Mittel zu entziehen, wäre noch weitaus schlimmer. Die Politik kann unterstützend eingreifen, indem sie der Wirtschaft keine zusätzli-

chen Belastungen aufbürdet – solche würden wie ein negatives Konjunkturprogramm wirken. *economiesuisse* fordert daher ein grundsätzliches Moratorium für weitere Regulierungen und Belastungen der Wirtschaft, sowohl administrativ als auch fiskalisch. Ein solches Moratorium wäre nicht nur eine Entlastung, sondern würde auch die Planungsunsicherheiten für viele Unternehmen merklich reduzieren.

Insbesondere folgende geplanten Gesetzesvorhaben oder die Wirtschaft belastende Projekte sollten zumindest für die nächsten drei Jahre zurückgestellt werden (keine abschliessende Auflistung):

- ▶ **Energiestrategie.** Dieses Vorhaben ist verbunden mit hohen Unsicherheiten und Belastungen für einen der zentralen Input-Faktoren, die Energie.
- ▶ **Aktienrechtsrevision.** Engt unternehmerische Freiheit ein und senkt die Attraktivität für Investitionen.
- ▶ **«Grüne Wirtschaft».** Übermässige Regulierung ohne wirklichen Nutzen für die Umwelt. Ein nationaler Alleingang würde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen zusätzlich schwächen.

▶ Moratorium für weitere Regulierungen als kurzfristige Massnahme.

Verzichtet die Politik für die nächsten drei Jahre auf diese Gesetzesvorlagen und andere Regulierungen, kann die Wirtschaft die Mittel für die Anpassung an die Frankenstärke verwenden. Dies würde nicht nur die Zukunftsaussichten für die von der Frankenstärke betroffenen Unternehmen verbessern, sondern wäre auch ein starkes strategisches Bekenntnis der Politik zu einem Wirtschaftsstandort Schweiz mit einer produzierenden Industrie.

## Belastung reduzieren, Unsicherheit beenden, Wirtschaftsstandort stärken

▶ Mittelfristig sind die Belastungen für die Wirtschaft weiter zu reduzieren.

Neben dem Verzicht auf zusätzliche Belastungen sind aber weitere Massnahmen notwendig, auch wenn diese erst mittelfristig ihre volle Wirkung entfalten können. Bereits im Sommer 2011 hat *economiesuisse* festgehalten, dass in erster Linie Verbesserungen der Rahmenbedingungen nötig sind, um die Nachteile der Frankenstärke wenigstens teilweise zu kompensieren.<sup>1</sup> Zur Bewertung wirtschaftspolitischer Massnahmen dienen daher die folgenden Kriterien als Richtschnur:

- ▶ Sie stärken langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.
- ▶ Sie sind Schuldenbremse-konform.
- ▶ Sie sind ordnungspolitisch vertretbar und schaffen keine Sonderbehandlung von einzelnen Industrien/Sektoren.

### Ernüchternde Politikbilanz seit 2011

Vergleicht man diese Kriterien mit den wichtigsten politischen Entscheidungen seit Mitte 2011, so fällt die Bilanz ernüchternd aus. Nur das Freihandelsabkommen mit China kann als eine wirkliche Verbesserung der Rahmenbedingungen gelten, ansonsten hat die Politik der Wirtschaft durch Vorlagen wie die KEV-Erhöhung, die Umsetzung der Minder-Initiative usw. vor allem zusätzliche Belastungen aufgebürdet (vgl. Tabelle 1, Seite 7).

<sup>1</sup> Vgl. Minsch, R. (2011). Frankenstärke – Was tun? dossierpolitik Nr. 9/2011. Zürich: *economiesuisse*.



**Tabelle 1**

► Negative Politikbilanz seit 2011.

**Politikbilanz seit Sommer 2011***Verbesserung der Rahmenbedingungen / Entlastung für Unternehmen*

- + Freihandelsabkommen mit China
- + Erleichterungen Firmenrecht
- + Ablehnung 1:12 / Mindestlohn-Initiative / Ferieninitiative / Ecopop-Initiative

*Verschlechterung der Rahmenbedingungen / Belastung für Unternehmen*

- Umsetzung Minder-Initiative
- Stark steigende Finanzmarktregulierung
- «Swiss Finish» bei Versicherungsregulierung
- Aufweichung des Cassis-de-Dijon-Prinzips für Agrarprodukte
- Komplizierte «Swissness»-Vorlage
- Freihandelsabkommen mit Brasilien gescheitert
- Unsicherheit über bilaterale Verträge, insbesondere der Personenfreizügigkeit, geforderte Einführung von Kontingenten
- Sozialplanpflicht
- Zweitwohnungsinitiative
- KEV-Erhöhung
- Reduktion der Kontingente für Drittstaaten
- Werbebeschränkungen
- Faktisches Bauzonenmoratorium aufgrund RPG
- Überschüssen in der Klimapolitik (weltweit höchste CO<sub>2</sub>-Abgabe)

► Die Politik hat die vergangenen drei Jahre nicht genutzt, den Wirtschaftsstandort zu stärken.

Offensichtlich hat die Politik die vergangenen drei Jahre nicht dazu genutzt, die Rahmenbedingungen zu verbessern, sodass die Unternehmen eine weitere Erstarbung des Frankens mit weniger Verlusten absorbieren könnten. Im Gegenteil: Aus regulatorischer Sicht hat sich die Standortattraktivität in den letzten Jahren verschlechtert. Will die Politik tatsächlich Schaden vom Wirtschaftsstandort Schweiz abhalten, ist eine Trendumkehr nötig.

**Politik muss Rahmenbedingungen verbessern**

Eine grosse Rolle, besonders im Vergleich zu 2011, spielt das Thema Planungssicherheit. In verschiedenen Bereichen, insbesondere jedoch beim Verhältnis mit der Europäischen Union, besteht eine grosse Unsicherheit über die zukünftige Ausgestaltung des Gesetzesrahmens. Das ist Gift für das Investitionsklima. Investitionen und Produktivitätssteigerungen sind jedoch unabdingbar, um trotz Währungsnachteil auf den Weltmärkten bestehen zu können.

Die Rahmenbedingungen verbessern heisst, den Zugang zu ausländischen Märkten erleichtern, Bildung, Forschung und Innovation langfristig fördern, die Finanzmarktregulierungen zweckmässig, aber möglichst schlank ausgestalten und generell Abgaben und administrative Belastungen auf das Minimum reduzieren.

► Der Staat muss mit einer Effizienzsteigerung von zehn Prozent seinen Beitrag leisten.

Der Staat muss auch einen direkten Beitrag zur Effizienzsteigerung der Volkswirtschaft leisten: In Anbetracht der äusserst schwierigen Situation für die Wirtschaft ist die Effizienz des Staatsapparats zu erhöhen. In der öffentlichen Verwaltung sollte per sofort ein globaler Personalstopp gelten. Ähnlich wie der Wirtschaft ist auch der Staatsverwaltung eine Kostensenkung in der Höhe von zehn Prozent zumutbar. Dies wäre immer noch weniger als die meisten Unternehmen in Anbetracht der Frankenstärke tragen müssen. Eine solche Effizienzsteigerung wirkt jedoch äusserst effektiv zur Entlastung der Privatwirtschaft und ist eine dringliche Vorbereitung auf die zu erwartenden Steuerminderungen in den nächsten Jahren.

Tabelle 2 listet die wichtigsten Massnahmen zur effektiven Entlastung der Unternehmen in der Schweiz auf.

### **Tabelle 2**

▶ Regulatorische Entlastung zentral.

## **Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen**

### **Politische Unsicherheiten reduzieren**

- Rasche Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative unter Beibehaltung der bilateralen Verträge (Schutzklausel-Ansatz)
- Unternehmenssteuerreform III: Rasche Umsetzung, um Schweizer Steuerattraktivität nicht zu gefährden und Rechts- und Planungssicherheit wiederherzustellen

### **Abgaben und Regulierungskosten reduzieren**

- Abbau der administrativen Belastung durch Vereinfachung der Mehrwertsteuer und anderer unternehmensrelevanter Steuern von Bund und Kantonen
- Effizienzsteigerung der staatlichen Verwaltung um mindestens 10 Prozent
- Abbau überhöhter, kostenträchtiger Normen (insbesondere im Bau)
- «Swiss Finish»-Kultur im Finanzbereich beenden. Fokus auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, angemessene, verhältnismässige Regulierung der Marktteilnehmer insbesondere unter Berücksichtigung der Situation im Ausland

### **Verbesserung des Marktzugangs**

- Weitere Marktöffnungen anstreben, insbesondere im Dienstleistungsbereich (Finanzdienstleistungsabkommen)
- Stromabkommen vorantreiben
- Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen (insbesondere Andockung ans transatlantische Freihandelsabkommen TIPP)
- Abbau des Grenzschutzes für Agrarprodukte: Tiefere Kosten für Tourismus und Reduktion des Einkaufstourismus
- Erleichterung der Zoll-Verfahren

### **Innovation langfristig fördern**

- Langfristige und kontinuierliche Erhöhung der Mittel für Bildung, Forschung und Innovation und Priorisierung gegenüber anderen Ausgabenbereichen
- Förderung der MINT-Bereiche (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)

▶ Keine Verschlechterung der Rahmenbedingungen.

Wie die Forderung der Wirtschaft nach einem Moratorium für neue Regulierungen und Belastungen aufzeigt, ist es genauso wichtig, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht verschlechtert werden. Diskussionen über Massnahmen mit einem grossen Schadenspotenzial erhöhen ausserdem die Planungsunsicherheit. Tabelle 3 (Seite 9) zeigt die wichtigsten «No Go's» für eine zukunftssträchtige Wirtschaftspolitik.

**Tabelle 3**

► Keine Abkehr von liberaler Wirtschaftspolitik.

**Ordnungspolitische Sündenfälle, die es zu vermeiden gilt****1. Unabhängigkeit der Nationalbank nicht gefährden**

- Keine Vorgaben für die Geldpolitik, keine Änderung des Mandats der Nationalbank

**2. Flexibilität des Arbeitsmarktes nicht einschränken**

- Kontingente für Drittstaaten nicht reduzieren
- Keine Verschärfung der flankierenden Massnahmen

**3. Keine Industriepolitik**

- Keine Subventionen / Vorzugskonditionen für gewisse Unternehmen / Branchen

**4. Keine Konjunkturprogramme**

- Keine Generierung künstlicher staatlicher Nachfrage

**Fazit**

Nach der Aufhebung der Wechselkursuntergrenze durch die Schweizerische Nationalbank hat sich der Schweizer Franken stark aufgewertet. Der Wechselkursschock ist in der Wirkung gleich wie ein Kostenschock. Unmittelbar führt er zu einer Kostensteigerung für die hiesigen Exporteure von 15 bis 20 Prozent. Der Einfluss auf die Schweizer Wirtschaft ist ähnlich wie eine Erhöhung der Steuern oder Abgaben. Jede geleistete Arbeitsstunde, die ein Exportunternehmen in Franken bezahlt, kostet in Euro umgerechnet 15 bis 20 Prozent mehr. Die wirtschaftliche und politische Situation in der Eurozone lässt leider vermuten, dass sich so rasch nichts Grundlegendes daran ändern wird. Die Situation erinnert in vielem an den Sommer 2011, als sich der Franken ebenfalls innert kurzer Zeit markant aufgewertet hat. Es gibt zum Glück jedoch Unterschiede: Einerseits nimmt die Erholung des US-Dollar Druck vom Franken als Fluchtwährung bei Unsicherheiten. Andererseits sind die konjunkturellen Aussichten für die Eurozone sowie für die Weltwirtschaft als Ganzes positiver als auch schon und verhindern immerhin einen zusätzlichen Nachfragerückgang.

► Auch die Binnenwirtschaft ist vom starken Franken betroffen.

Auch wenn die mittelfristige Kostensteigerung von der jeweiligen Fertigungstiefe abhängt, bleibt die Herausforderung für jedes Unternehmen enorm. Nicht alle betroffenen Firmen können diese erfolgreich meistern. Die wirtschaftlichen Auswirkungen werden gross sein. Warenexporteure, Zulieferbetriebe, Privatbanken oder Tourismusunternehmen müssen nun Kosten sparen und ihre Geschäftsmodelle anpassen. Doch die Frankenstärke wird auch die Binnenwirtschaft hart treffen, da die ausländische Konkurrenz plötzlich um über 15 Prozent billiger geworden ist. So wird der Einkaufstourismus oder die Dienstleistungserbringung über die Landesgrenze hinweg weiter ansteigen und die Konkurrenzsituation in der Schweiz verschärfen. Hinzu kommt die reduzierte Nachfrage des Exportsektors.

Ein Konjunkturprogramm ist für strukturelle Phänomene wie den starken Franken das falsche Mittel. Die Unternehmen brauchen vor allem den Freiraum, um sich nach dem Kostenschock anpassen zu können. Die Politik muss diesen Prozess zulassen und darf nicht in Versuchung geraten, diesen aufzuhalten. Die Sozialpartner sind gefordert, pragmatische Lösungen zu finden, damit Arbeitsplätze langfristig in der Schweiz bestehen bleiben.

► Unterstützung der Wirtschaft durch Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Gerade weil der Frankenschock ein strukturelles Problem ist, besteht die einzige Therapie darin, die Rahmenbedingungen zu verbessern – und zwar für die gesamte Wirtschaft. Denn durch die starke Verflechtung wird die Binnenwirtschaft vom starken Franken genauso betroffen sein wie der Exportsektor. Der Staat sollte die Unternehmen in dieser schwierigen Situation auch unterstützen, indem er auf zusätzliche Abgaben und Belastungen verzichtet.

Der Wirtschaft steht eine schwierige Zeit bevor. Umso wichtiger ist jetzt ein klares Bekenntnis der Politik zum Wirtschaftsstandort Schweiz.

**Rückfragen:**

rudolf.minsch@economiesuisse.ch

fabian.schnell@economiesuisse.ch

**Ihre Kontaktperson Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz:**

Adrian Derungs, Wirtschaftspolitischer Mitarbeiter,

Tel. 041 417 01 46, Email: adrian.derungs@ihz.ch

**Impressum**

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen

Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich

www.economiesuisse.ch